



29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Gremium: Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
Sitzungstermin: Dienstag, 23.05.2023, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81,
14469 Potsdam

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.04.2023**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten **23/SVV/0139** Fraktion CDU
-Wiedervorlage-
 - 3.2 Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten **23/SVV/0302** Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam
 - 3.3 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai) **23/SVV/0381** Stadtverordneter Heuer als
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung
 - 3.4 Virtuelles Bürgeramt Potsdam **23/SVV/0385** Fraktion SPD
- 4 **Partizipation**
 - 4.1 Bericht des Beteiligungsrates
 - 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
- 5 **Transparenz**
- 6 **Digitalisierung**

7 Themenspeicher/Themenvorschläge

8 Sonstiges



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0139

öffentlich

Betreff:

IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum: 06.02.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

01.03.2023

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Herstellung der Betriebssicherheit aller IT-Systeme und Wiederaufnahme der Dienstleistungen die Cyber-Angriffsfälle Dezember 2019 und Dezember 2022 von einem nicht-öffentlichen Gremium untersuchen zu lassen und dabei u. a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit wurden nach dem ersten Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2019) getroffen?
- Ob hierzu Handlungsempfehlungen von dritter Seite ausgesprochen wurden und wenn ja, von wem und welche?
- Wenn Handlungsempfehlungen ausgesprochen wurden und ob sie verfolgt wurden?
- Ob nach dem Lock Down 2019 das „IT-Grundsicherheits-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ (Version 2.0 vom 15.10.2019) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in der LHP umgesetzt wurde? Wenn nicht, warum nicht, und wenn nur in Teilen, welche Teile und welche Teile nicht?
- Ob bis Ende 2021 eine vollständige Übersicht der IT-Architektur der LHP inkl. deren Dokumentation vorlag?
- Ob eine solche von dritter Seite angemahnt oder angefordert wurde,
- Ob die LHP vorsorglich erhöhte Sicherheitsstandards z. B. für kritische Infrastruktur umgesetzt hat?
- Welche Verantwortlichkeiten für den Lock Down 2022 festzustellen sind?
- Welche Handlungsoptionen für das zweite Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2022) vorlagen?
- Wer der Verantwortlichen in der LHP beim Lock Down 2022 wann, welche Entscheidungen

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die reibungslose Abwicklung allen Verwaltungshandelns ist die wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung des Auftrags und der den Bürgerinnen und Bürgern geschuldete Dienstleistung. Die Arbeit der Verwaltung wird heutzutage wesentlich von IT-Systemen unterstützt und größtenteils erst ermöglicht. Dem Schutz dieser Systeme von innen oder außen ist daher höchste Priorität einzuräumen. Aufgabe der Stadtverordneten ist die Kontrolle der Verwaltung und als Verpflichtung anzusehen, insbesondere, wenn die Nichterfüllung zu erheblichen Nachteilen führt. Die Untersuchung der IT-Vorkommnisse ist daher geboten und sobald wie möglich nach Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft durchzuführen.

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.:**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0302

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Erstellungsdatum: 21.03.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Modell zu entwickeln, wie der gesamtstädtische Bürgerhaushalt mit einem Budget im städtischen Haushalt ausgestattet werden kann. Hierbei sollen die guten Erfahrungen mit den Stadtteilbudgets einfließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Dezember Sitzung ein Vorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist erfreulich, dass sich viele Potsdamerinnen und Potsdamer beteiligt haben. Wichtig ist aus Sicht der LINKEN jedoch, dass die Vorschläge seitens der Politik endlich ernst zu nehmen.

Eine Stärkung und der Ausbau der Instrumente des Bürgerhaushalts ist für uns elementar. So sollte nach unserer Ansicht der Bürgerhaushalt mit einem verbindlichen Budget ausgestattet werden, sodass die direktdemokratischen Verbesserungsvorschläge, die eine Einmalinvestition benötigen, direkt aus dem Haushalt heraus gesteuert werden können.

Die gegenwärtigen TOP 20 Vorschläge des diesjährigen des diesjährigen Bürgerhaushaltes werden momentan diskutiert. Leider stehen die Vorschläge unter Haushaltsvorbehalt. Trotz starker Voten besteht erneut die Gefahr, dass die Vorschläge nicht umgesetzt werden können. Daher halten wir eine Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes für elementar. Ein eigenes Budget macht ihn verbindlich und glaubwürdig.

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.:

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan



3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/**Unterschrift**
Oberbürgermeister / Geschäftsleitende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0381

öffentlich

Betreff:

Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum: 17.04.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die
Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

gez. Vorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen bis zur Kommunalwahl 2024.

Die Planung der Sitzungstermine beruht auf den Erfahrungen der letzten Jahre und der Annahme, dass die Kommunalwahl 2024 am 09.06.2024 stattfinden könnte. Unter Berücksichtigung der Feier- und Ferientage verschiebt sich die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im April und im Mai und bietet damit die Möglichkeit notwendige Beschlüsse noch vor der Kommunalwahl zu fassen. Dadurch müssen allerdings die Osterferien für die Sitzungsvorbereitung in Anspruch genommen werden.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter der Maßgabe, dass Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in den nächstfolgenden Ausschusssitzungen beraten werden können. Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.

Die frühzeitige Beratung und Beschlussfassung soll die Planung und Vorbereitung, insbesondere umfangreicher Beschlussvorlagen ebenso erleichtern wie die Abarbeitung der Vielzahl noch offener Drucksachen.

Die Planung für Juni – Dezember 2024 beschließt die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung in ihrer konstituierenden Sitzung, die gemäß § 34 Abs. 1 BbgKVerf spätestens am 30. Tag nach ihrer Wahl stattfindet.

Sitzungskalender 2024 - 1. Halbjahr

Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
Mo	1	Weihnachtsferien	Do	1	KA	Fr	1		Mo	1	Ostermontag	Mi	1	Tag der Arbeit	Sa	1	
Di	2	23.12.23 - 05.01.24	Fr	2		Sa	2		Di	2		Do	2		So	2	
Mi	3		Sa	3		So	3		Mi	3		Fr	3		Mo	3	
Do	4		So	4		Mo	4	FS	Do	4		Sa	4		Di	4	
Fr	5		Mo	5	Winterferien	Di	5	ÄR	Fr	5		So	5		Mi	5	
Sa	6		Di	6	05.02. - 09.02.	Mi	6	StVV	Sa	6		Mo	6	FS	Do	6	
So	7		Mi	7		Do	7		So	7		Di	7	SBWL	Fr	7	
Mo	8	FS	Do	8		Fr	8		Mo	8	FS	Mi	8	HA	Sa	8	
Di	9	Anschl., Präs., PTD	Fr	9		Sa	9		Di	9	SBWL	Do	9	Christi Himmelfahrt	So	9	Kommunalwahl
Mi	10	FA	Sa	10		So	10		Mi	10	StVV	Fr	10		Mo	10	
Do	11		So	11		Mo	11	FS	Do	11		Sa	11		Di	11	
Fr	12		Mo	12	FS	Di	12	OS, SBWL	Fr	12		So	12		Mi	12	
Sa	13		Di	13	PTD, SBWL	Mi	13	HA	Sa	13		Mo	13	FS	Do	13	
So	14		Mi	14	HA	Do	14	RPA, JHA	So	14		Di	14	ÄR	Fr	14	
Mo	15	FS	Do	15	JHA, KUM	Fr	15		Mo	15	FS	Mi	15	StVV	Sa	15	
Di	16	SBWL, B/Sp	Fr	16		Sa	16		Di	16	OS, B/Sp	Do	16		So	16	
Mi	17	HA	Sa	17		So	17		Mi	17	FA	Fr	17		Mo	17	
Do	18	RPA, JHA, KUM	So	18		Mo	18	FS	Do	18	JHA	Sa	18		Di	18	
Fr	19		Mo	19	FS	Di	19	GSWI, B/Sp, PTD	Fr	19		So	19	Pfingstsonntag	Mi	19	
Sa	20		Di	20	Anschl., Präs., GSWI, B/Sp	Mi	20	FA	Sa	20		Mo	20	Pfingstmontag	Do	20	
So	21		Mi	21	FA	Do	21	KA, KUM	So	21		Di	21		Fr	21	
Mo	22	FS	Do	22		Fr	22		Mo	22	FS	Mi	22		Sa	22	
Di	23	ÄR	Fr	23		Sa	23		Di	23	GSWI, SBWL	Do	23		So	23	
Mi	24	StVV	Sa	24		So	24		Mi	24	HA	Fr	24		Mo	24	
Do	25		So	25		Mo	25	Osterferien	Do	25	RPA, KUM, KA	Sa	25		Di	25	
Fr	26		Mo	26	FS	Di	26	25.03. - 05.04. Anschl., Präs.	Fr	26		So	26		Mi	26	
Sa	27		Di	27	SBWL	Mi	27	HA	Sa	27		Mo	27		Do	27	
So	28		Mi	28	HA	Do	28		So	28		Di	28		Fr	28	
Mo	29	FS	Do	29		Fr	29	Karfreitag	Mo	29	FS	Mi	29	HA	Sa	29	
Di	30	OS, SBWL				Sa	30		Di	30	Anschl., Präs., PTD	Do	30	JHA	So	30	
Mi	31					So	31	Ostersonntag				Fr	31				

Sitzungskalender 2024 - 2. Halbjahr

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
Mo	1	Do	1	So	1	Di	1	Fr	1	So	1
Di	2	Fr	2	Mo	2	Mi	2	Sa	2	Mo	2
Mi	3	Sa	3	Di	3	Do	3	So	3	Di	3
Do	4	So	4	Mi	4	Fr	4	Mo	4	Mi	4
Fr	5	Mo	5	Do	5	Sa	5	Di	5	Do	5
Sa	6	Di	6	Fr	6	So	6	Mi	6	Fr	6
So	7	Mi	7	Sa	7	Mo	7	Do	7	Sa	7
Mo	8	Do	8	So	8	Di	8	Fr	8	So	8
Di	9	Fr	9	Mo	9	Mi	9	Sa	9	Mo	9
Mi	10	Sa	10	Di	10	Do	10	So	10	Di	10
Do	11	So	11	Mi	11	Fr	11	Mo	11	Mi	11
Fr	12	Mo	12	Do	12	Sa	12	Di	12	Do	12
Sa	13	Di	13	Fr	13	So	13	Mi	13	Fr	13
So	14	Mi	14	Sa	14	Mo	14	Do	14	Sa	14
Mo	15	Do	15	So	15	Di	15	Fr	15	So	15
Di	16	Fr	16	Mo	16	Mi	16	Sa	16	Mo	16
Mi	17	Sa	17	Di	17	Do	17	So	17	Di	17
Do	18	Sommerferien	So	Mi	18	Fr	18	Mo	18	Mi	18
Fr	19	18.07. - 31.08.	Mo	Do	19	Sa	19	Di	19	Do	19
Sa	20		Di	Fr	20	So	20	Mi	20	Fr	20
So	21		Mi	Sa	21	Mo	21	Do	21	Sa	21
Mo	22		Do	So	22	Di	22	Fr	22	So	22
Di	23		Fr	Mo	23	Mi	23	Sa	23	Mo	23
Mi	24		Sa	Di	24	Do	24	So	24	Di	24
Do	25		So	Mi	25	Fr	25	Mo	25	Mi	25
Fr	26		Mo	Do	26	Sa	26	Di	26	Do	26
Sa	27		Di	Fr	27	So	27	Mi	27	Fr	27
So	28		Mi	Sa	28	Mo	28	Do	28	Sa	28
Mo	29		Do	So	29	Di	29	Fr	29	So	29
Di	30		Fr	Mo	30	Mi	30	Sa	30	Mo	30
Mi	31		Sa			Do	31			Di	31

Legende

Beginn

Anschl.	Antragsschluss	Di., 13:00 Uhr
Präs.	Präsidiumssitzung	Di., 16:00 Uhr
FS	Fraktionssitzung	Mo.
ÄR	Ältestenrat	Di., 18:00 Uhr
StVV	Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	Mi., 15:00 Uhr
HA	Hauptausschuss	Mi., 17:00 Uhr
RPA	Rechnungsprüfungsausschuss	Do., 18:00 Uhr
FA	Ausschuss für Finanzen	Mi., 18:00 Uhr
WA KIS	Werksausschuss Kommunalen Immobilien Service	Fr., 15:00 Uhr
B/Sp	Ausschuss für Bildung und Sport	Di., 17:30 Uhr
KA	Ausschuss für Kultur	Do., 17:30 Uhr
JHA	Jugendhilfeausschuss	Do., 16:30 Uhr
GSWI	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Di., 18:00 Uhr
OS	Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	Di., 18:00 Uhr
KUM	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Do., 18:00 Uhr
SBWL	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes	Di., 18:00 Uhr
PTD	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Di., 18:00 Uhr
OBR	Ortsbeirat	



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0385

öffentlich

Betreff:

Virtuelles Bürgeramt Potsdam

Einreicher: Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Erstellungsdatum: 17.04.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein virtuelles Bürgeramt zu schaffen. Ziel ist die zusätzliche ortsunabhängige Erreichbarkeit des Bürgerservice per Video-Call.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum vierten Quartal 2023 ein Konzept für ein virtuelles Bürgeramt zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen Fragen und technischen Anforderungen beschrieben werden. Weiterhin soll hier eine Übersicht der geeigneten Verwaltungsdienstleistungen erarbeitet werden, mit entsprechender Priorisierung anhand der relativen Nutzungshäufigkeit und zeitnahen Realisierbarkeit. Das Konzept ist dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) bis zum vierten Quartal vorzustellen.

gez.

Fraktionsvorsitzende Babette Reimers; Pete Heuer

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ziel ist die zusätzliche ortsunabhängige Erreichbarkeit des Bürgerservice per Video-Call. Die Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger ist mittlerweile signifikant von der digitalen Transformation geprägt. Video-Calls anstelle von ständigen Präsenzterminen werden oftmals als sinnvolle Ergänzung wahrgenommen, besonders aufgrund ihrer Ortsunabhängigkeit.

Verwaltungsdienstleistungen sind hingegen in Deutschland noch immer größtenteils analog und in Präsenz zu erledigen. Dabei wünschen sich immer mehr Bürger digitale Verwaltungsdienstleistungen, die aber aufgrund der bundesweit langsamen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) noch weitgehend fehlen.

Städte wie Heidelberg zeigen jedoch, wie parallel zum OZG, digitale Technologien genutzt werden können. Von der Anmeldung des Wohnsitzes über die Beantragung eines Führungszeugnisses bis hin zur Zulassung von Fahrzeugen: All das geht virtuell. Im virtuellen Bürgeramt in Heidelberg ist nun sogar das persönliche Gespräch per Video-Call mit einem Sachbearbeiter oder einer Sachbearbeiterin möglich, ohne sich auf den Weg ins Amt zu machen. Einzige Voraussetzung: ein internetfähiges Endgerät mit Kamera und Mikrofon. Über die Plattform können auch Dateien ausgetauscht werden, zum Beispiel um eine Bescheinigung digital einzureichen. Anfallende Gebühren können ebenfalls direkt online beglichen werden.

Diese Möglichkeit soll nun auch den Potsdamern angeboten werden. Gemäß dem Potsdamer Leitbild "den digitalen Wandel aktiv für Innovationen" zu nutzen, können eine moderne, einfache und bürgernahe Dienstleistungsverwaltung und weitreichende digitale Angebote nicht nur das transparente und bürgerfreundliche Profil unserer Stadt stärken, sondern auch wegweisend für weitere Entwicklungen sein.

Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich

**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Drucksache Nr.:**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r